



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Bayern und Deutschland sind stark – mehr Engagement der Staatsregierung für Bayern statt Wahlkampf in Berlin

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der avisierte Termin zur Neuwahl des Deutschen Bundestages am 23.02.2025, der parteiübergreifend vorgeschlagen wird, ein Zeichen der Klarheit und Stabilität ist. Er stellt sicher, dass die Wahlen gut vorbereitet und ordnungsgemäß durchgeführt werden. Aus Respekt vor dem Amt und dem Grundgesetz erteilt der Landtag dem Bundespräsidenten weder Hinweise noch Belehrungen zur Auflösung des Parlaments nach Art. 68 Grundgesetz.

Der Landtag stellt ferner fest, dass Bayern und Deutschland stabile Verhältnisse und soziale Sicherheit brauchen. Bayern und Deutschland sind stark. Bundeskanzler Olaf Scholz sah sich im Februar 2022 unvermittelt dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine gegenüber, dem er mit der Ausrufung der „Zeitenwende“ mit Bravour begegnete. Der von Ministerpräsident Dr. Markus Söder damals prognostizierte „eiskalte Winter“ fand nicht statt, weil die Bundesregierung die Energiekrise mit Tatkraft abwendete. Die Staatsregierung hat dagegen den Ausbau der Windenergie und der Übertragungsnetze in fahrlässiger Weise verzögert.

Der Landtag stellt ferner fest, dass der Ausstieg aus der Atomenergie 2011 nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima unter Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) beschlossen wurde. Er stellt ferner fest, dass der damalige bayerische Umweltminister Dr. Markus Söder (CSU) 2011 mit seinem Rücktritt gedroht hat, falls Deutschland nicht 2022 aus der Atomkraft aussteige.

Der Landtag spricht sich klar für eine Fortsetzung des Deutschlandtickets aus. Die Einführung des Deutschlandtickets durch die Bundesregierung ist ein voller Erfolg. Die Kleinteiligkeit im ÖPNV-Tarifsystem wurde überwunden und der ÖPNV deutlich attraktiver gemacht.

Der Landtag fordert von der Staatsregierung vollen Einsatz für den Freistaat Bayern. Nach Art. 43 Bayerische Verfassung ist die Staatsregierung die oberste leitende und vollziehende Behörde des Freistaates. Insbesondere der Ministerpräsident und sein Stellvertreter sind aufgefordert, sich auf ihre Aufgaben in und für Bayern zu konzentrieren und dabei die Erledigung landespolitischer Herausforderungen in den Mittelpunkt zu stellen statt mit dem Finger nach Berlin zu zeigen. Diese Form des Dauerwahlkampfes auf Bundesebene wurde und wird den enormen Herausforderungen in Bayern nicht gerecht.

Begründung:

Am 06.11.2024 hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) den Bundesminister der Finanzen Christian Lindner entlassen, weil er eine Einigung zum Haushalt verhinderte. Wichtige Projekte für die Zukunft Deutschlands waren so nicht realisierbar. Auch die Hilfe für die bedrängte Ukraine ist gefährdet. Der Bundeskanzler hat dann umgehend angekündigt, dass er die Vertrauensfrage stellen werde. Inzwischen haben sich die demokratischen Parteien, insbesondere die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD, darauf geeinigt, dass man Neuwahlen am 23.02.2024 vorschlagen werde. Da die Parteien – auch kleine Parteien – zunächst formale Voraussetzungen schaffen und die Wahlbehörden sich vorbereiten müssen, wäre ein früherer Termin kaum realisierbar gewesen, ohne sich der Gefahr von Wahlanfechtungen auszusetzen. Der nun einvernehmlich gefundene Termin bringt Klarheit und Stabilität. Dabei braucht der Bundespräsident keine Belehrungen aus Bayern darüber, wie er seinen Aufgaben nachkommt.

Bayern und Deutschland brauchen Stabilität. Die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen sind schwierig, sodass eine handlungsfähige Regierung zwingend notwendig ist. Bayern und Deutschland müssen weiterhin Lösungen für die Steuerung der Migration finden, die erneuerbaren Energien weiter ausbauen, massiv in die Infrastruktur investieren und für soziale und innere Sicherheit sorgen. Kürzungen von Sozialleistungen oder Renten sind der falsche Weg. Das Deutschlandticket ist ein Erfolgsmodell und muss fortgeführt werden. Der Stillstand in der Verkehrspolitik, die auf Bundesebene über etliche Jahre CSU-Verkehrsminister verantworteten, wurde überwunden. Erstmals hat die Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser – anders als ihr Vorgänger von der CSU – eine gemeinsame europäische Lösung in der Asylpolitik ausgehandelt.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder und sein Stellvertreter Hubert Aiwanger haben in den letzten Jahren viel Energie darauf verwendet, Deutschland schlecht zu machen. Ständiges „Berlin-Bashing“ ist nicht zielführend. Sollten Mitglieder der Staatsregierung Ambitionen haben, nach Berlin zu wechseln, sollten sie dies den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern klar kommunizieren. Die Aufgabe der Staatsregierung, sich für Bayern einzusetzen, leidet deutlich unter solchen Ambitionen.